

Liebe Genossinnen liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



die Sommerpause ist vorbei und der niedersächsische Landtag startet mit einer vollen Tagesordnung vom in eine neue Plenarwoche. Ich freue auf gute Debatten im provisorischen Saal und auch, dass unsere Kultusministerin Frauke Heiligenstadt auf meine Initiative hin am Donnerstag einen Termin mit Vertreterinnen und Vertretern der Elterninitiative der Sprachheilschule Neerstedt vereinbaren konnte. Uns erwartet ein interessantes Gespräch über die Zukunft der Förderschulen in Niedersachsen.

Ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen Herbstanfang

Auf der Tagesordnung

u.a.

Gesetz zur Altersteilzeit der Beamtinnen und Beamten an Schulen

Salafismus in Niedersachsen

TISA im Windschatten von TTIP

EU-Förderperiode 2014 bis 2020

550 Mio. Euro weniger Fördermittel für Niedersachsen

Die Europäische Union hat mit der Strategie Europa 2020 eine auf zehn Jahre angelegte Wachstumsstrategie beschlossen, die ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in der EU erreichen soll. Die Zielsetzungen dieser Wachstumsstrategie sind auf fünf Handlungsfelder ausgerichtet: Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft, Bildung sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Zur Erreichung dieser Ziele sollen die EU-Fonds in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 beitragen. Im Rahmen dieser Förderperiode wird Niedersachsen aus den EU-Fonds EFRE, ESF und ELER rund 2 Mrd. Euro an Fördermitteln erhalten. Im Vergleich zur vergange-

nen Förderperiode stellt dies einen Rückgang von rund 550 Mio. Euro dar. Die Regierungsfaktionen werden sich in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, dass die Mittel möglichst effizient verwendet werden. Hierzu zählt ein Projektauswahlverfahren nach Gesichtspunkten der Entbürokratisierung, Rationalität und Effektivität sowie eine Vereinfachung der Förderrichtlinien. Zugleich steht für die SPD und Bündnis 90/Die Grünen fest, dass für finanzschwache Kommunen, die auf den Einsatz dieser Mittel im besonderen Maße angewiesen sind, eine Unterstützung durch das Land Niedersachsen erfolgen muss, damit auch diese Kommunen die üblichen Kofinanzierungsanteile aufbringen können.

Die niedersächsische Infrastruktur nachhaltig gestalten

Auf die niedersächsische Verkehrspolitik werden in den kommenden Jahren große, unerlässliche Veränderungen zukommen. Nicht abgeschlossene Hafenhinterlandverbindungen, eine geringe Beförderungsdichte im regionalen Schienenverkehr sowie Sanierungsverzug bei Landstraßen und nicht zuletzt geringe Planungs- und Fertigstellungsquoten bei den größten Verkehrsprojekten in Niedersachsen kennzeichnen die fehlende Dynamik in der niedersächsischen Verkehrspolitik. In einem Entschließungsantrag fordern die niedersächsischen Regierungsfaktionen SPD und Grüne einen Neuanfang für die zukünftige Infrastrukturpolitik. Ein neues Grundkonzept auf Bundesebene für den Bundesverkehrswegeplan 2015 stellt die Basis für die Neuord-

nung. Eine Fortschreibung des derzeit geltenden Bundesverkehrswegeplans von 2003 wird den Anforderungen vor dem Hintergrund immer enger werdender finanzieller Spielräume und einer bedarfsgerichteten Schwerpunktsetzung nicht gerecht. Dazu soll eine umfangreichere Bürgerbeteiligung die Akzeptanz für Großbauprojekte im Straßenbau stärken. Für die Regierungsfaktionen steht fest, dass Niedersachsen als zentrales Logistik-, Industrie- und Dienstleistungsland den Anschluss an die Nachbarländer nur halten kann, wenn es gelingt die Ziele und Grundsätze einer nachhaltigen Verkehrspolitik im gesellschaftlichen Konsens zu finden.